



Wortprotokoll

über die 56. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 13. Februar 2019

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Pretzl

3. Bürgermeisterin

Strobl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 13. Februar 2019

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Pretzl

3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin Bär, StRin A. Burkhardt, StRin B. Burkhardt, StRin Gaßmann, StRin Kainz, StRin Mayerl, StR Offman, StR Podiuk, StR Quaas, StR Sauerer, StR J. Schmid, StR Seidl, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss, StR Vogelsgesang, StRin Wiepcke, StR Zöllner;

SPD:

StRin Boesser, StRin Burger, StRin Dietl, StRin Hübner, StR Kaplan, StRin Kürzdörfer, StR Liebich, StR Lischka, StR Mayer, StRin Messinger, StR Müller, StR Naz, StR Reissl, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StRin Dr. Söllner-Schaar, StRin Volk, StR Vorländer;

Die Grünen - rosa liste:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StRin Koller, StRin Nallinger, StR Niederbühl (RL), StRin Pilz-Strasser, StR Dr. Roth, StR Utz, StR Weisenburger;

FDP - HUT Stadtratsfraktion:

StR Prof. Dr. Hoffmann (FDP), StR Dr. Mattar (FDP), StRin Neff (FDP), StR Ranft (FDP);

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

StR Altmann, StRin Caim, StR Progl, StR Schmidbauer, StR Wächter;

FREIE WÄHLER:

- - -

DIE LINKE.:

StR Oraner, StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StR Ruff;

Parteilos:

StR Schmude;

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

- - -

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StR	Bönig
Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StRin	Frank
Stadtkämmerer	Frey
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StRin	Jacobs
Stellv. Referent	Kapp
Bfm. StR	Dr. Küppers
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Bfm. StRin	Schiwy
Stadtschulrätin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Austritt von Herrn Stadtrat Andre Wächter aus der LKR.....	6
Vertretung der LHM in den Aufsichtsgremien.....	7
Verwaltungs- und Personalausschuss als Auswahlkommission des Stadtrats.....	7
Oide Wiesn 2019 ff.....	8
StR Altmann:.....	8
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	8
OB Reiter:.....	8
Mobilitätsplan für München.....	9
StRin Habenschaden:.....	9
StRin Haider:.....	10
StRin Wolf:.....	13
StR Röver:.....	14
OB Reiter:.....	15
StR Röver:.....	15
StR Dr. Mattar:.....	15
BM Pretzl:.....	16
StR Altmann:.....	17
StR Röver:.....	18
OB Reiter:.....	19
Kostenfreie Führungen für Schulklassen durchs Rathaus.....	21
StRin Berger:.....	21
OB Reiter:.....	23
Bewerbung um die Ausrichtung des UEFA Champions League Finales 2021 der Herren.....	24
StRin Koller:.....	24
StR Oraner:.....	25
StR Ranft:.....	26

StRin Bär:.....	27
StRin Dietl:.....	27
StR Altmann.....	29
StRin Wolf.....	30
StRin Neff.....	30
StR Schmidbauer.....	31
StR Wächter.....	31
StR Ranft.....	32
StSchRin Zurek:.....	32
OB Reiter:.....	32
Münchner Nordosten.....	34
StR Ruff:.....	34
StR Danner:.....	35
StRin Rieke:.....	35
StR Podiuk:.....	36
StR Ruff:.....	36
BM Pretzl:.....	37
StR Altmann:.....	37
StRin Neff:.....	37
Bilanz und Strategien für nachhaltiges städtisches Grundstücksmanagement.....	38
StRin Hanusch:.....	38
Hanns-Seidel-Platz.....	40
StR Ruff:.....	40
StR Danner:.....	40
StR Altmann:.....	41
StRin Boesser:.....	42
StR Ruff:.....	43
StRin Neff:.....	43

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:13 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Austritt von Herrn Stadtrat Andre Wächter aus der LKR

Liberal-Konservative Reformer und Eintritt in die

BAYERNPARTEI - Stadtratsfraktion;

Veränderungen in Ausschüssen, Verwaltungsbeiratsgebieten,

Korreferatsgebieten und sonstigen Gremien

Neubesetzung des Anstaltsbeirates der Justizvollzugsanstalt München

Aktensammlung Seite 1827

Beschluss:

Nach Antrag

**Vertretung der LHM in den Aufsichtsgremien
der Flughafen München GmbH und
der Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrumsgesellschaft mbH;
Vertretung der LHM in Gesellschafterversammlung und
Verbundrat der MVV GmbH;
Vertretung der LHM im Werbebeirat der DSM
Deutsche-Städte-Medien GmbH**

Aktensammlung Seite 1829

Beschluss:

Nach Antrag

**Verwaltungs- und Personalausschuss als Auswahlkommission des Stadtrats
- Änderung der Ausschreibungsrichtlinien -**

Aktensammlung Seite 1837

Beschluss:

Nach Antrag

**Oide Wiesn 2019 ff.
Finanzierung Museumszelt
als städtisches Kulturprogramm ab 2019 ff.**

Aktensammlung Seite 1853

StR Altmann:

Wir bitten um gesonderte Abstimmung, weil wir gerne unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss zur Abstimmung stellen möchten.

Der Änderungsantrag Nr. 4955 der BAYERNPARTEI wird gegen die Stimmen der Bayernpartei **abgelehnt**.

Der Antrag der Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 5, 8, 10, 11, 14, 15, 16, 18 und 19 werden ohne Aussprache **einstimmig beschlossen**.
(Aktensammlung Seite 9839 - 1871)

OB Reiter:

Tagesordnungspunkt B 17 ist abgesetzt, nachdem dieser gestern in die nächste Sitzung des Finanzausschusses vertagt wurde.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

Mobilitätsplan für München

Modellstadt München 2030

Aktensammlung Seite 1831

StRin Habenschaden:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten in einem anderen Ausschuss die Debatte geführt und führen sie heute nur noch zu Ende. Allerdings wurde auf Wunsch der CSU die Beschlussfassung in die heutige Vollversammlung vertagt. Der Verlauf der Debatte, über die schon viel berichtet wurde, hat uns dazu bewogen, unseren bereits eingebrachten Änderungsantrag, um für uns wichtige Punkte zu ergänzen. Er ist Ihnen schon vorab zugegangen. Ich stelle ihn jetzt an der Stelle ohne große Ausführungen vor:

In Ziffer 2 neu sehen Sie, wir bleiben dabei. Wir, Die Grünen - rosa liste, wären so weit, dass die in der „Modellstadt 2030“ von der Initiative formulierten Ziele und vor allem auch Werkzeuge ab sofort Grundlage für unsere verschiedenen Planungsentscheidungen werden könnten, z. B. Für Bebauungspläne, Wettbewerbe oder konkrete Verkehrsplanungen an konkreten Orten. Für uns wäre es möglich, die aufgeführten Werkzeuge, die einem großen Teil unserer Programmatik entsprechen, konkret umzusetzen, wo immer das gut möglich ist.

Infolge der Debatte heraus würden wir eine Ergänzung vornehmen, wie es für Die Grünen - rosa liste nicht ungewöhnlich ist. Wir fordern seit Jahren, die Umsetzung von Bus- und Radspuren sowie das Ziel einer autofreien Altstadt ambitionierter anzugehen. Deswegen wollten wir an der Stelle die Aussagen des Oberbürgermeisters in der Mobilitätsdebatte wörtlich nehmen, um schneller voranzukommen.

Wir verstehen gut, dass die Aussage, die Lippen nur zu spitzen ohne zu pfeifen, unbefriedigend ist. Das kennen wir seit vielen Jahren aus unserer persönlichen Arbeit, aber auch bezüglich der vom Oberbürgermeister genannten Beispiele, die umgesetzt werden sollen. Es waren Beispiele, für die es bereits konkrete Beschlussvorlagen oder Prüfungen vonseiten des Referates für Stadtplanung und Bauordnung oder der MVG gab. Es sind Beispiele, bei denen wir in der Planung nicht bei Null beginnen. Es ist wichtig, das an der Stelle zu erwähnen. Es könnte schnell aufs Gleis gesetzt werden.

Nach der Debatte in der letzten Woche rechnen wir mit einer breiten Zustimmung. Die Beispiele gingen Ihnen vorab zu, um eine solche Situation wie beim letzten Mal zu verhindern, als die SPD konkrete Beispiele eingebracht hat, es für die CSU zu schnell zu konkret wurde und deswegen keine Entscheidung möglich war. Wir finden es gut, dass endlich Leben in die Debatte kommt, vor allem in die Debatte, die Räume neu aufzuteilen. Für die Grünen kann ich für die Zukunft noch weitere Initiativen ankündigen. Nur die Lebendigkeit in der Debatte bringt uns hier aber nicht weiter. Deshalb haben wir konkrete Ergänzungen vorgenommen, nämlich die Beispiele des Oberbürgermeisters. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StRin Haider:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte noch keine Gelegenheit, mich in die Debatte einzumischen. Deshalb tue ich es heute. Bei dieser Vorlage sehen wir tatsächlich, dass die SPD jetzt die Verkehrswende ausruft. Das ist ein Paradigmenwechsel. Es ist sehr erfreulich, dass mit der Inzell-Initiative Münchner Unternehmen wie BMW, MAN und die gesamte IHK hinter diesen Vorstellungen stehen. Es sind Vorstellungen wie die Bepreisung von Räumen, d. h. Parkgebühren ausweiten und erhöhen, Einführung einer City-Maut oder neue Aufteilung von Räumen, um sie dem Umweltverbund zukommen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister, wir haben ein paar Busspuren, aber das wird es nicht richten. Sie haben in der letzten Vollversammlung gesagt, wir bräuchten einen Goldesel aus Berlin, der all unsere U-Bahnvorhaben finanziert. Die Frage ist, wie Sie diese Verkehrswende tatsächlich umsetzen wollen. Dass wir sie brauchen, ist klar. Wir sind zwar nicht mehr Stau-Hauptstadt Nummer 1, sondern nur noch Nummer 2. Das habe ich heute in der Zeitung gelesen. Trotzdem stehen wir über 140 Stunden im Stau und vertun unsere Lebenszeit. Außerdem können unsere Unternehmen nicht mehr effektiv arbeiten.

Nicht nur Bewegungslosigkeit ist ein Thema. Wir werden bald nicht nur zwei Stunden am Morgen und zwei Stunden am Abend im Stau stehen. Das sagen die Experten. Wir haben auch enorme Schadstoffemissionen. Ich brauche es Ihnen nicht zu erzählen. Wir haben dieses Thema in jeder einzelnen Vollversammlung auf der Tagesordnung. Aber auch Lärm- und Blechlawinen reduzieren die Lebensqualität in unseren Stadtvierteln enorm, ganz zu schweigen vom Klimaschutz. Es ist tatsächlich nicht mehr 5 vor 12 Uhr. Frau Jacobs, Sie haben in der Nachhaltigkeitskonferenz gesagt,

dass wir weiter mit kleinen Schritten vorangehen müssen. Ich glaube, das ist nicht mehr opportun. Wir brauchen große Schritte und große Veränderungen, weil es bereits 5 nach 12 Uhr ist.

Heute lesen Sie in der SZ über die weltweite Gletscherschmelze. Die Gletscher sind bereits um ein Viertel zurückgegangen. Das hat vielleicht bei uns keine sehr großen Auswirkungen. Es wird vielleicht keine Sommerskigebiete mehr geben, aber im Himalaya hängen beispielsweise 100 Mio. Einwohner von der Wasserversorgung durch Gletscher ab. Allein der Gletscherrückgang - dabei ist noch nicht das Packeis im Meer berücksichtigt - hat enorme Konsequenzen. Ich darf Herrn Prof. Dr. Miosga erwähnen, der bei der Nachhaltigkeitskonferenz einen Vortrag gehalten und gesagt hat:

„Es wird zu Veränderungen kommen. Noch haben wir es in den Händen, sie mitzugestalten. Aber wenn wir das nicht tun, werden wir aufgrund von Katastrophen anpassen müssen. Let's do the transformation per design and not per disaster!“

Der Verkehr ist für ein Drittel des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Deswegen ist es so wichtig, dass wir hier ansetzen. Ich habe heute konkrete Schritte für Sie, die sofort umgesetzt werden können. In der Vorlage und in den Änderungsanträgen der SPD werden nur Schlagworte genannt. Auch der Grundsatzbeschluss zum Radverkehr umfasst nur 44 vertiefte Untersuchungen und kaum Umsetzungen.

Die Stadtratsanträge der SPD zum Thema Rad sind mir zu kurz gegriffen. An Erkenntnissen mangelt es uns nicht. Wir wissen, was zu tun ist. Wir setzen es nur nicht um. Also lautet meine Frage: Wie ernst meinen Sie es wirklich mit der Verkehrswende? Warum warten? Sie können sofort etwas tun. Ich nenne als Beispiel ein Projekt der Grünen bezüglich der Rosenheimer Straße. Die Planungen zur Wegnahme von Autospuren liegen bereits in den Schubladen. Wenn Sie es ernst meinen und sich die Sicht der Dinge verändert hat, können Sie das hier zeigen. Nehmen Sie diese Planungen aus den Schubladen und setzen Sie sie um. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste und ÖDP)

Des Weiteren haben wir viele Fahrradstraßen. Mit 65 sind wir unter allen Großstädten Deutschlands sogar führend bei Fahrradstraßen. Auf diesen Fahrradstraßen haben die Radfahrer aber faktisch keine Vorfahrt. Sie sind rechts und links zugeparkt. Es ist kaum Platz zum Durchkommen. Fahren Sie auf der Hohenlohestraße zum Olympiapark! Es ist eine Straße mit beidseitigem Verkehr. Dort kommen nicht einmal ein Auto und ein Radfahrer durch, weshalb Parkspuren wegfallen müssen. Ich höre, Sie sind willig. Dann tun Sie es! Es ist einfach zu machen: Sie lösen die Park-

spuren auf. Damit auf den Radstraßen nicht der Verkehr durchbraust, setzen Sie einen Poller an ein Ende, sodass die Durchfahrt begrenzt ist und man nicht mehr durchfahren kann. Die Anwohner können dann nur noch hinein- und hinausfahren.

Der Isar-Radweg ist einer der am meisten befahrenen Radwege in München. Wir hatten in München am 1. August oder schon im Juli eine Million Radfahrer. Das ist eine große Zahl. Aber der Weg ist zu schmal. Wir brauchen 3 Meter in jede Richtung. Auch das ist machbar, wenn man Abbiegespuren, Fahrspuren oder Parkspuren reduziert. Ich habe noch einige weitere Straßen aufgeführt, bei denen wir auch unbedingt breitere Radwege brauchen.

Zur Nahmobilitätspauschale: Ich war sehr erfreut, den Änderungsantrag von CSU und SPD zu lesen - diese von 10 Millionen € auf 25 Millionen € zu erhöhen. Aber warum erst im Jahr 2020? Damit können Sie nicht zeigen, dass Sie tatsächlich etwas umsetzen. Sie haben heute eine Vorlage für das Champions-League-Finale auf der Tagesordnung. 8,6 Mio. € für 90 Minuten Fußball. Ich kann nur sagen: 8,6 Mio. € und nach 90 Minuten ist alles vorbei und keiner der Münchnerinnen und Münchner hat weiterhin etwas davon. Diese 8,6 Mio. € können Sie in den Radverkehr investieren. Die Nahmobilitätspauschale ist jetzt schon zu gering. - (Vereinzelt Beifall) - Es gibt jetzt schon mehr Projekte, die über die verfügbaren 10 Mio. € hinausgehen. Wenn Sie schon den Haushalt ausweiten, dann tun Sie dies wenigstens für sinnvolle Projekte!

Herr Oberbürgermeister, ich sehe auch ein Glaubwürdigkeitsproblem. Sie waren einer der Ersten, der beim Volksbegehren „Artenvielfalt“ unterschrieben hat. Es ist aber ein Volksbegehren, das heißt, das Land Bayern wird aufgefordert, etwas zu tun. Es gibt aber Bürgerbegehren, die unsere Stadt betreffen. Das Bürgerbegehren „Sauber sog i“ ist im Januar 2017 übernommen worden. Was ist passiert? Nichts. Es ist keine einzige Maßnahme ergriffen worden, um zu 20 % motorisierten Individualverkehr zu kommen. Das Gleiche gilt für das Bürgerbegehren vom November 2017 „Raus aus der Steinkohle“. Auch da ist es ein reines Aussitzen.

Wir haben hervorragende Klimaziele beschlossen. Sie zu verfolgen ist unglaublich anstrengend. Aber wir haben keinen Plan, wie wir diese Ziele auch nur annähernd erreichen können. D. h., draußen gibt es viele Leute, die die Umweltprobleme ernster nehmen. Sie sehen es an den Menschenschlangen auf dem Marienplatz für das Volksbegehren „Artenvielfalt“.

Natürlich ist es ein einfacheres und sehr eingängiges Thema. Nichtsdestotrotz, die Menschen begreifen, dass sie nicht mehr weitermachen können wie bisher. Deswegen sage ich Ihnen: Wir

können beim Verkehr schnell handeln. Das ist beim Radverkehr möglich. Es gibt große Potenziale. Kopenhagen und die holländischen Städte machen es vor. Dort ist das Wetter auch nicht besser. Wir müssen nur die richtigen Maßnahmen ergreifen, und das sofort.

Deswegen bitte ich Sie, meinem Änderungsantrag zuzustimmen und diese Radinfrastruktur sofort umzubauen. Gehen Sie es sofort an, anderenfalls erhalten Sie die Quittung - entweder beim „Radentscheid“ in München im Sommer oder bei der nächsten Kommunalwahl. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Danke. - (Vereinzelt Beifall)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich war in dem gemeinsamen Ausschuss und werde es deshalb nicht ausführlich begründen, habe aber einen Änderungsantrag erarbeitet, der Ihnen vorliegt. Meine Vorrednerin, Frau Haider, hat Recht: Visionäre Ziele beschließen wir hier immer gerne, und das auch gemeinsam, aber an der Umsetzung hapert es an vielen Ecken und Enden sehr stark.

Wir sollen uns heute zu einer Verkehrswende bekennen. Ich habe schon einmal formuliert, ich habe es mit Bekenntnissen in der Politik nicht so. Mir wäre es lieber, wir würden sie umsetzen und hätten einen Plan dafür, aber wenn wir uns heute bekennen sollen, dann meinetwegen. Mir fehlt bei den bisherigen Maßnahmen und in den Änderungsanträgen das Thema „Ausbau des Straßennetzes“ und welche Rolle dies bei der gewünschten Verkehrswende spielen könnte. Deswegen mein Änderungsantrag für heute, Ziffer 6 neu:

„Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, bis Ende 2019 dem Stadtrat einen Beschlussentwurf zu folgendem Thema vorzulegen: Mittelfristiger Ausbau des Straßennetzes, insbesondere Realisierung weiterer Tangentialverbindungen.“

Ich glaube, wir sind uns einig, die Straßenbahn ist ein sehr umweltfreundliches Verkehrsmittel. Im Vergleich zur U-Bahn hat sie den großen Vorteil, dass wir sie mit eigenen Finanzmitteln bauen und finanzieren können. Ich weiß nicht, warum das in der bisherigen Debatte ein bisschen untergeht. Vielleicht, weil befürchten manche, dass dort, wo eine Straßenbahn fährt, nie mehr eine U-Bahn kommen wird. Das mag ein Aspekt sein. Aber ich denke, wir müssen viel schneller zum

Zug kommen, als diese U-Bahn-Pläne realisiert werden können. Deshalb sollten wir dieses Verkehrsmittel weiter im Auge behalten und ausbauen.

Danke schön. - (Vereinzelt Beifall)

StR Röver:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Wir haben ein leichtes Problem, von der Grundsatzdebatte her die Punkte zu operationalisieren und konkreter zu werden. Wir haben schon am vergangenen Mittwoch sehr ausführlich diskutiert.

Deshalb möchte ich konkret auf die Änderungsanträge eingehen. Ich glaube, es ist wichtig, trotz allem fachlich und sachlich korrekt zu arbeiten. Es ist eben schwierig, sehr viele einzelne Wünsche zu äußern und diese schnell zu beschließen. Es braucht schon einzelne Vorlagen dazu. Wir müssen korrekt arbeiten. Ich würde mir wünschen, dass die Busspuren, die die Grünen - rosa liste beantragt haben, im April, wenn wir den Interfraktionellen Arbeitskreis haben, konkret vorgestellt werden. Wir tun uns schwer, das heute einfach so zu beschließen.

Zur Lindwurmstraße wurde in der Sitzung des Bauausschusses schon explizit ein Prüfantrag gestellt. Wir müssen das Ergebnis abwarten. Abgesehen davon halte ich es auch für wichtig, mit den Menschen vor Ort zu diskutieren.

Bei der Dienerstraße, Tal, spricht zur Zeit die zweite S-Bahn-Stammstrecke dagegen. Lieber Kollege Dr. Roth, es braucht eben etwas länger. Das bekommen wir, wie gewünscht, bis 2020 nicht hin.

Zum Thema „Vision autofreie, verkehrsberuhigte oder auch autoarme Innenstadt“: Wir tun gut daran, diese Diskussion einmal zu führen. Mir ist die Bezeichnung relativ egal, weil es auf die konkrete Ausgestaltung ankommt. Ich glaube, wir sind uns alle einig, und ich habe es auch schon von Kollegen der Grünen gehört, dass trotzdem MVG Busse und vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch Taxis etc. pp. fahren können. Wie das Ganze heißt? Ich glaube, wir tun gut daran, darüber zu diskutieren. Dazu haben wir als SPD einen Antrag gestellt.

Zum Thema Straßenbahnnetz, das die Kollegin Wolf von den Linken dargestellt hat, verweise ich auf die Diskussion zum Nahverkehrsplan. Dorthin gehört sie. Ich finde es gut und richtig, dass wir die Tram-Infrastruktur ausbauen wollen. Da gehört die Diskussion hin. Wir haben in unserem Änderungsantrag als SPD die wichtigsten Punkte, die uns am Herzen liegen und wo wir schnell

vorankommen wollen, zusammengefasst. Es ist der Ausbau des Busnetzes mit Busspuren, das Thema „Vision autofreie Innenstadt“, der Ausbau von Sharing-Angeboten und Radschnellwegen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

OB Reiter:

Dieser ist übernommen worden und steht in der Vorlage.

StR Röver:

Perfekt, wunderbar. Dann sind wir schon einen Schritt weiter. Ich bitte um eine breite Zustimmung zur Vorlage und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. - (Beifall der SPD)

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Wir haben in der letzten Woche die Grundsatzdebatte geführt. Deshalb will ich nichts Grundsätzliches mehr dazu sagen. Wir unterstützen das Projekt „Modellstadt 2030“ und haben in der Debatte zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir vieles nicht alleine entscheiden können, gerade was die Bepreisung angeht. Von den Parklizenzgebühren bis zur City-Maut und Parkgebühren pro Stunde sind wir durch Bundes- und Landesgesetzgebung eingeschränkt. Man kann nur appellieren: Die Entscheidungen müssen nach unten verlagert werden! Wie in vielen Bereichen sollte das in der Kompetenz der Kommunen sein. Wir müssen uns letztlich immer prügeln lassen für das, was wir tun. Dann ist es auch besser, wenn unten entschieden wird.

Es gibt eine Menge konkreter Maßnahmen. Ich bin durchaus dankbar, dass das Wort „autofrei“ als eine Mogelpackung erkannt worden ist. Eine autofreie Innenstadt wird es nicht geben. - (Beifall) - Die Bewohner sollen dort wohnen bleiben und zu ihren Tiefgaragen fahren dürfen. Wir haben Lieferverkehr, Taxis, Busse usw. Von daher ist die Bezeichnung „verkehrsberuhigt“ oder „autoarm“ das richtige Wort. Deshalb stimmen wir dem Antrag der CSU in diesem Punkt zu.

Wir sind durchaus offen für viele Dinge. Wenn wir in nächster Zeit über die Fraunhofer Straße diskutieren, müssen wir genau überlegen, wie in der Fraunhofer Straße der Lieferverkehr abgewickelt wird, wie das für die Anwohner und für die Geschäfte läuft. Aber das kann man nicht aus der Hüfte heraus entscheiden. Das will die SPD aber wohl auch nicht und hat einen ordentlichen Antrag eingebracht, genauso wie wir einen Antrag eingebracht haben, wonach man nur in die Altstadt fahren darf, wenn man vorher einen Parkplatz gebucht hat. Damit könnte man den gesamten Park-Suchverkehr vermeiden. Aus der Hüfte zu schießen ist unserer Meinung nach der falsche Weg.

Ein Beispiel habe ich heute morgen direkt in der Gabelsbergerstraße erlebt. Es gab einen Stau von der Dachauer Straße bis zur Barer Straße. Es fuhren sieben Fahrräder auf der breiten Fahrradspur, aber der Stau von der Dachauer Straße bis zur Barer Straße war durchgehend. Man muss sich natürlich schon immer im konkreten Fall überlegen, was man tut.

In einem Punkt ist die Formulierung der Grünen falsch: „autofreie Dienerstraße“. Es geht um die Parkplätze vor dem Dallmayr. Wir waren damals schon der Meinung, dass diese nicht notwendig sind, sondern dort der Taxi-Stand hinkommen sollte. Das wäre die vernünftige Lösung. Wenn Ihr dieser Änderung zustimmt, dass es darum geht, die Parkplätze in der Dienerstraße abzuschaffen, dann können wir das heute beschließen, weil wir darüber schon mehrfach diskutiert haben. Aber autofrei wird die Dienerstraße trotzdem nicht sein. Es wird wohl keiner erwarten, dass es keinen Lieferverkehr und keine Anlieferungsmöglichkeiten zum Rathaus gibt. - (Zuruf - Heiterkeit) - Ich habe es jetzt auch erfahren. Wer auf Gehhilfen angewiesen ist, ist froh, mit dem Taxi reinfahren zu können, und zwar nicht nur bis 10.15 Uhr, sondern auch am Nachmittag.

Von daher wird es eine verkehrsberuhigte Dienerstraße geben. Es wird dort wenig Verkehr sein. Vor allem wird es dort keinen Park-Such-Verkehr geben, wenn die Parkplätze abgeschafft werden. Es wird auch nicht das ständige Wenden von Autos geben. Das sind vernünftige Vorschläge, die wir von heute auf morgen beschließen können. Aber es muss uns klar sein, dass wir durch die 2. Stammstrecke in dem Bereich einen erheblichen Lkw-Verkehr haben werden. Von daher wird es auch unter dem Aspekt sinnvoll sein, die Parkplätze vor dem Unternehmen Dallmayr jetzt abzuschaffen.

Danke. - (Beifall der FDP)

BM Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich fühle mich fast ein bisschen schuldig, weil wir die Abstimmung in die Vollversammlung vertagt haben. Man hätte sich eigentlich denken können, dass dem einen oder anderen noch Punkte einfallen, die ihm vor zwei Wochen noch nicht eingefallen sind. Aber so ist es im Leben.

Ich fasse mich kurz: Unser Änderungsantrag bezieht sich auf eine Formulierung zur autofreien Altstadt. Es ist schon mehrfach dargelegt worden, dass der Begriff „autofrei“, auch wenn wir viele Maßnahmen ergreifen, nicht der Realität entsprechen wird. Ich glaube, es ist auch für die

Darstellung nach außen fairer, wenn man von dem spricht, was es tatsächlich ist: eine verkehrsberuhigte Altstadt. Natürlich werden wir Busse, Taxis und Hotelanfahrten zu den Tiefgaragen brauchen. Bilder, auf denen von manchen Verbänden eine durchgängige Fußgängerzone suggeriert wird, sind falsch. Ich möchte den MVG-Busfahrer sehen, der sich bereit erklärt, durch eine Fußgängerzone zu fahren, auf der er keine eigene Spur hat. Es gibt ganz praktische haftungsrechtliche Gründe. Wir haben es damals bei der Debatte um die Furt an der Kustermann-Fahrbahn erlebt. Deshalb bitten wir den Begriff zu ersetzen durch „verkehrsberuhigte Altstadt, weil dies irgendwann der Realität entsprechen wird.

Noch eine zweite Bemerkung: Wir wehren uns nicht gegen konkrete Vorschläge bis zum Ende des zweiten Quartals, sagen aber ausdrücklich, dies ist kein Präjudiz dafür, dass wir zum Schluss diesen Vorschlägen oder einem evtl. Grundkonzept zustimmen. Wir wollen auf einer fachlichen Grundlage diskutieren, behalten uns aber selbstverständlich jede Entscheidung vor, auch dass wir einzelne Maßnahmen oder vielleicht sogar alle ablehnen.

Vielen Dank. - (Beifall der CSU)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass es noch eine Vollversammlung gibt! Die Ausschüsse reichen nicht aus, um sich entsprechend darzustellen!

Heute höre ich mehrfach die Forderung nach einer sofortigen Umstellung. Wissen Sie eigentlich, was sofortig heißt? Wie wollen Sie das umsetzen? Auf der anderen Seite fordern Sie E-Mobilität. Diese E-Autos brauchen eine Verkehrsfläche, auf der sie fahren können. Ansonsten können wir das Ganze vergessen. Wenn Sie beschließen, nur noch auf Rad und Fußgänger zu setzen, können Sie Ihr Programm, die Ladesäulen auszubauen, einstampfen. Dafür werden Millionen Euro ausgegeben. Das Geld können wir uns sparen.

Frau Haider, eine sofortige ÖPNV-Umstellung geht nicht so einfach. Es dauert eine gewisse Zeit, zusätzliche Züge auf die Gleise bzw. Busse auf die Straße zu setzen. Sie müssen angeschafft werden, und es muss Fahrer geben. Das hat die MVG alles dargestellt. Haben Sie nicht zugehört? Ihre Darstellung ist sehr populistisch.

Der *BR* hat das Ergebnis einer Untersuchung der U-Bahn-Bereiche in Stuttgart veröffentlicht, dass die Belastungen dort wesentlich höher sind als im Autoverkehrsbereich. Auch auf München wird

verwiesen. Das klammern Sie total aus. Stadtwerke bzw. MVG sagen, in München werde man dies nicht untersuchen. Man gehe davon aus, dass man nicht länger als fünf Minuten am Bahnsteig stehe. Daher sei das nicht relevant. In den letzten Tagen hatte die U-Bahn immer wieder Verspätung, und viele Leute haben länger als fünf Minuten da unten gestanden. Selbstverständlich soll man die U-Bahn weiterhin priorisieren und ausbauen. Aber man darf nicht das eine an den Pranger stellen und das andere vergessen. So geht es nicht!

Im Antrag der Grünen ist vom Wegfall von Autospuren in der Prinzregentenstraße die Rede. Aktuell sind wegen eines Wasserschadens zwei Fahrspuren in der Prinzregentenstraße gesperrt und in der ganzen Stadt steht alles. Sie müssen sehen, was Sie in der Stadt verursachen, wenn Sie die Ein- und Ausfallstraßen weiter zurückbauen wollen.

Zu unserem Abstimmungsverhalten: Den CSU-Antrag, „autofreie Innenstadt“ durch „verkehrsberuhigte Innenstadt“ zu ersetzen, werden wir mittragen. Wenn Sie heute eine autofreie Innenstadt beschließen, müssen Sie sofort sämtliche Baugenehmigungen in der Innenstadt überdenken bzw. aufheben. Sie können nicht in der Innenstadt Hotels bauen und keiner darf mehr reinfahren! So geht es nicht! Die Anträge von DIE LINKE., ÖDP und Die Grünen - rosa liste werden wir ablehnen.

Zum Antrag der Referentin: Ziffer 2, den die SPD eingebracht hat, werden wir ablehnen. Auch Sie setzen im öffentlichen Raum nur auf Fußgänger, Radfahrer und öffentliche Verkehrsmittel und vergessen die E-Mobilität und ihre Autos. Alles andere werden wir mittragen. Die Einzelpunkte kommen in eigenen Beschlussvorlagen gesondert zur Abstimmung. Ich glaube, der genannte Termin 2. Quartal 2019 wird nicht zu halten sein. Dann entscheiden wir, was wir mittragen werden. Außerdem werden die AG Busbeschleunigung und andere Arbeitsgruppen noch mit konkreten Maßnahmen an den Stadtrat herantreten. So viel zu unserem Abstimmungsverhalten. - (Beifall der BAYERNPARTEI)

StR Röver:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass der Großteil des Gremiums die Diskussion über die Innenstadt der Zukunft wünscht. Bei der Frage, ob es autofrei, verkehrsberuhigt oder autoarm heißt, kommt es aufs Detail an. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir in den Änderungsantrag alle drei Begriffe schreiben, also: „die Vision „autofreie/autoarme/verkehrsberuhigte Innenstadt“. Wir freuen uns auf die Diskussion, zu der jeder seine persönliche Einschätzung hat. Für uns von der SPD ist es von zentraler Bedeutung, dass die Vorfahrt für Fußgänger, Radverkehr und ÖPNV zum Tragen kommt. Daher würde ich jetzt mündlich den

Ergänzungsantrag einbringen, die Vision „autofreie Innenstadt“ zu ersetzen durch die Vision „autofreie/autoarme/verkehrsberuhigte Innenstadt“. Wenn wir die Vorlage haben, können wir diese Diskussion sehr konkret führen. Vielen Dank! - (Beifall der SPD)

OB Reiter:

Danke für die Diskussion. Erlauben Sie mir ein paar Sätze, nachdem ich direkt angesprochen wurde!

Es freut mich, dass die Grünen mir aufmerksam zuhören. Das kann nie schaden, Freunde! - (Heiterkeit) - Wenn Ihr meine Sätze auch noch in eigene Anträge kleidet, bin ich damit grundsätzlich zufrieden. Das ist keine schlechte Vorgehensweise. Allerdings habt Ihr nicht genau zugehört, denn einiges habe ich etwas anders formuliert.

Ich habe sicher gesagt, dass ich die Dienerstraße und das Tal gern als Fußgängerzone hätte. Allerdings habe ich einen gewissen Sinn für Realitäten. Für mich ist eine Fußgängerzone nicht dadurch gekennzeichnet, dass LKWs durchfahren. Wenn das Eure Definition einer Fußgängerzone ist ... Meine ist es nicht, ich hätte dort lieber gar keinen Verkehr.

Das Tal ist zum Beispiel die planfestgestellte Route für die LKW-Abfahren der 2. S-Bahn-Stammstrecke. Auch wenn Ihr als Grüne negiert, dass sie kommen wird. Aber da wird bereits kräftig gebuddelt. Ich tue mich schwer, daraus bis 2020 eine Fußgängerzone zu zaubern. Ich halte das für ziemlich schwierig durchführbar. Wenn sich etwas Besseres ergibt, bin ich der Erste, der dafür ist. Aber noch besteht der Plan der Bahn, durch das Tal täglich 60 bis 70 LKWs fahren zu lassen. Es ist logisch ein bisschen schwierig, zeitgleich eine Fußgängerzone dorthin zu zaubern.

Ihr habt mehr Fantasie als ich. Ich gebe zu, ich bin old-fashioned und versuche, erst nachzudenken und dann zu entscheiden. Das ist manchmal hilfreich, aber nicht immer. Ich gebe zu, manchmal beschränkt es die Fantasie über Gebühr. Wenn Ihr dafür eine Lösung habt, könnt Ihr gerne den nächsten Änderungsantrag backen, aber bitte mit einem gewissen Sinn für Realität. Das könnte nicht schaden. Ich freue mich schon darauf! Oder Ihr bringt die Bahn dazu, sich für die Abfuhr etwas anderes einfallen zu lassen. Aber derzeit sind die Pläne so. Deswegen können wir 2020 weder die Dienerstraße noch das Tal zur Fußgängerzone machen. Ich hätte es sehr gern und würde sofort mitstimmen, wenn es ginge. Leider geht es nicht!

Zu den Busspuren: Vielen Dank, dass Sie aufgeschrieben haben, welche wir vorgeschlagen haben. Im April tagt zu dem Thema ein Interfraktioneller Arbeitskreis und ich hätte gerne, dass wir uns noch vor der Sommerpause mit Einzelbeschlüssen zu diesen Busspuren befassen. Von meiner MVG wüsste ich gerne: Macht das Sinn? Ist das die richtige Strecke? Von Kreisverwaltungsreferat und Planungsreferat wüsste ich gerne: Ist das machbar? Ich gebe zu Protokoll, ich werde zustimmen, wenn sie das bejahen. Lasst uns zuerst noch ein paar Fakten sammeln, bevor wir auf Aktionismus machen! Ich verstehe den Anlass. Trotzdem ist es geschickter, im Sommer mit großer Mehrheit etwas Vernünftiges zu beschließen und zu realisieren.

Herzlichen Dank für die relativ großen Mehrheiten bei diesem Thema. Ich freue mich, wenn wir anhand von konkreten Beschlussvorlagen konkrete Fortschritte sehen werden.

Worauf bezieht sich der Vorschlag des Kollegen Röver? Modifizieren wir den Änderungsantrag der CSU oder den Antrag der Referentin? - (BM Pretzl: Ja, das ist okay.) - Die CSU übernimmt die Ergänzung des Kollegen Röver.

Der beiliegende Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, ÖDP und DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der beiliegende Änderungsantrag von DIE LINKE. wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, ÖDP, DIE LINKE. und StR Schmude **abgelehnt**.

Der beiliegende Änderungsantrag der ÖDP wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, ÖDP, DIE LINKE. und StR Schmude **abgelehnt**.

Der modifizierte beiliegende Änderungsantrag der CSU wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, ÖDP und DIE LINKE. **beschlossen**.

Der modifizierte Antrag der Referentin wird wie folgt abgestimmt:

Ziffer 2 wird gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird er **einstimmig beschlossen**.

Kostenfreie Führungen für Schulklassen durchs Rathaus
Antrag Nr. 4335 der Fraktion Die Grünen - rosa liste vom 26.07.2018

Aktensammlung Seite 1833

StRin Berger:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies war einer meiner ersten Anträge und ich freue mich sehr, dass wir ihn heute behandeln. Weil ich im Ausschuss nicht dabei war, möchte ich mich gerne dazu äußern.

75 € für eine Führung einer Schulklasse sind viel Geld. Das ist es auf alle Fälle wert. München sollte es sich leisten, dies kostenfrei anzubieten. Beim RAW bedanke ich mich für die zügige Bearbeitung und die wohlwollende Vorlage, die die kostenlose Führung positiv auf den Weg gebracht hat. Bei den anderen Fraktionen bedanke ich mich für die konstruktive Diskussion und bei der SPD für die Formulierung des Änderungsantrags, der nach mehreren Runden für alle tragbar ist.

Was wir heute beschließen, ist ein wichtiger Schritt. Wir können mehr Münchner Schülerinnen und Schülern vermitteln, wie kommunale Selbstverwaltung funktioniert, was im Rathaus passiert, und wie Stadtrat und Verwaltung arbeiten. In Zeiten, in denen unsere demokratischen Grundsätze immer öfter in Frage gestellt werden, werden Kindern und Jugendlichen wichtige Säulen unserer Demokratie vermittelt. Es ist sehr gut, die Hoffnung in Kinder und Jugendliche zu setzen. Das zeigen auch die beeindruckenden Freitagsdemonstrationen.

Im Wirtschaftsausschuss hat man sich darauf verständigt, einen fraktionsübergreifenden Änderungsantrag zu formulieren, der mehr den pädagogischen als den touristischen Ansatz betont. Mir wäre aber wichtig, dass auch touristische Elemente wie der Besuch des Rathausbalkons oder des Rathhausturms im Konzept enthalten sind. Das sind beliebte und wichtige Highlights.

Außerdem sollen in dem Konzept Führungen enthalten sein. Den Lehrkräften sollten nicht bloß Materialien zur Verfügung gestellt werden. Dafür brauchen wir diesen Beschluss nicht. Führungen von anderen Menschen haben Vorteile und der Lernerfolg ist wesentlich größer. Man freut sich, wenn die Person mal wechselt und jemand anders den Input gibt. Vielleicht erinnern Sie sich an die eigene Grundschulzeit mit Klassenleitungsprinzip, wenn jeden Tag die gleiche Person vor einem steht und etwas vermittelt.

Für Klassen ist es oft eine Herausforderung dar, die Schule zu verlassen und zum Beispiel ein Rathaus zu besuchen. Das liegt zu einem erheblichen Anteil an „verhaltensoriginellen“ Schülern auch in München. Für sie sind solche Besuche schwierig. Sie haben ein großes Repertoire an Ideen, was sie im Rathaus anstellen können, was nicht unbedingt zum Lernerfolg beiträgt. Deshalb ist es sinnvoll, dass eine externe Fachperson die Führung macht und die Lehrkraft sich darum kümmert, dass die Schülerinnen und Schüler bei der Sache bleiben.

Auch die Kostenfreiheit ist mir bei dem Konzept sehr wichtig. Viele Kinder haben das Geld für solche Ausflüge und Exkursionen nicht und bleiben daheim. Ich hatte immer wieder Schülerinnen und Schüler, die keinen einzigen Ausflug mitgemacht haben. Deswegen ist es sehr wichtig, dass die Kosten keine Rolle spielen.

Woher nimmt man die Menschen, die führen? An die Sache kann man durchaus kreativ herangehen. Man muss für so eine Führung nicht unbedingt Pädagogik studiert haben. Auch bei Lesepatenprojekten kommen Leute an die Schulen, die nicht pädagogisch geschult sind, und lesen mit den Kindern. Wir brauchen Menschen, die Lust haben, Kindern das Rathaus nahe zu bringen. Vielleicht kennen sie es schon oder wollen es kennenlernen. Das können Lehrkräfte im Ruhestand sein, Leute aus der Stadtverwaltung, Menschen, die da gearbeitet haben, im erzieherischen Bereich oder auch nicht. Ich glaube, der Pool ist groß.

Eine Ausbildung ist wichtig, aber gut machbar. Vielleicht kann man an das Projekt „Trepp auf - Trepp ab“ und deren Materialien anschließen. Aber ich glaube, das Projekt kann den großen Bedarf nicht abdecken. Es gibt so viele Schülerinnen und Schüler, die das Rathaus besuchen wollen.

Ich freue mich auf das Konzept und gehe davon aus, es kommt vor der Sommerpause. Wir bringen ein sehr wichtiges Element politischer Bildung auf den Weg. Ich bitte Sie, meine Ideen aufzunehmen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Bei Ziffer 3 des Referentenantrags gibt es eine Differenz zu dem gemeinsamen Änderungsantrag: Einmal bleibt der Antrag aufgegriffen, einmal nicht. Das muss man noch ändern. Ich glaube, es ist relativ egal, ob der Antrag aufgegriffen bleibt. Wichtig ist, dass das Konzept vor der Sommerpause kommt. Ich wollte nur darauf hinweisen. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

OB Reiter:

Auch ich will gerne Danke sagen. Die Diskussion war notwendig. Im Ausschuss haben wir festgestellt, dass wir alle eigentlich etwas anderes wollten. Jetzt ist es aufgrund dieser Diskussion zur Umsetzung gekommen. Das kann nicht schaden.

Der beiliegende interfraktionelle Änderungsantrag von SPD, CSU, Die Grünen - rosa liste, BAYERNPARTEI, FDP - HUT und ÖDP wird **einstimmig beschlossen**.

Der modifizierte Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Bewerbung um die Ausrichtung des UEFA Champions League Finales 2021 der Herren in München

Aktensammlung Seite 1835

StRin Koller:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommt Fußball, die Dritte. Nach der Europameisterschaft 2020 und der Europameisterschaft 2024 bewerben wir uns jetzt um das Finale der Champions League 2021. Muss man das machen? Ist es wirklich nötig, dass wir uns um jedes Fußball-Highlight bewerben? Die Vorlage enthält unzählige Forderungen und Grundbedingungen, wie alle vorherigen Verhandlungen mit der UEFA. Wir als Kommune müssen sie ohne Wenn und Aber erfüllen, damit wir einen Zuschlag bekommen können.

Beim letzten Mal hat das Sportamt erfolgreich nachverhandelt und die eine oder andere Kuh noch vom Eis geholt. Solche Gespräche werden auch dieses Mal stattfinden und ich wünsche allen in diesen Verhandlungen viel Erfolg. Im Großen und Ganzen wird uns vorgeschrieben, was wir zahlen müssen, was wir in Sachen Internetauftritte, Fanprojekte usw. zu tun haben. Wir müssen alles bezahlen und die UEFA freut sich, dass sie so schöne Spiele hat.

Wie bei der Europameisterschaft 2024 haben wir auch beim Champions League Finale keine Lust mehr, das mitzutragen. Die Kosten werden auf 8,5 Mio. € geschätzt. Wahrscheinlich ist das die Mindestgröße. Erfahrungsgemäß entwickeln sich Kosten nach oben. In diesen 8,5 Mio. € sind keine Personalkosten enthalten. Das Sportamt oder andere Stellen der Stadtverwaltung brauchen jedoch Personal. Daher ist es sehr schwierig, heute pauschal zu sagen, bei 8,5 Mio. € - nach oben offen - werden wir das unterstützen.

Wir hatten gehofft, heute eine Vorlage zu den European Championships zu bekommen. Aber es ist absolut nachvollziehbar, dass wir konkretere Zahlen brauchen, um das Thema zu diskutieren. Dem Ältestenrat lagen zu wenige Infos vor. Aber mit dem Finale der Champions League hat sich der Ältestenrat gar nicht befasst. - (OB Reiter: Warum auch?) - Der eine große Sportevent wird diskutiert ... - (OB Reiter: Wir diskutieren es heute hier in der Vollversammlung! Reicht Euch das nicht? - StR Dr. Roth: Warum war dann das andere im Ältestenrat? - OB Reiter: Weil es 20-mal so teuer ist!)

Auch darüber kann man diskutieren. Lieber Herr Oberbürgermeister, das eine ist ein Fußballspiel, das andere sind zwei Wochen Sport in allen Bereichen. Natürlich ist Sport in aller Breite zwei Wochen lang teurer als ein einziges Fußballspiel mit seinen Fanprojekten und seinem Halligalli. Es wird nicht einmal als nötig angesehen, das Thema in den Ältestenrat zu bringen.

Zur Zeitschiene wurde gesagt, alles sei zu knapp. Es gibt aber jedes Jahr ein Champions League Finale. Die Fußballbegeisterten von Ihnen werden mir zustimmen. Eine Mehrheit will offenbar ein Champions League Finale in München. Warum entwickelt man dann nicht zusammen für die Vollversammlung eine Vorlage, in der steht: Wir würden uns gerne für das Finale 2023 oder 2027 bewerben und rechnen damit, dass wir gute Chancen haben. Dann diskutieren wir, wie viel Geld wir dafür ausgeben wollen oder nicht, und nehmen Verhandlungen auf. Dass die Verwaltung es nicht geschafft hat, rechtzeitig eine Vorlage zu erstellen, erschließt sich uns nicht. Daher sind wir mit dem Vorgehen sehr unglücklich.

Das betrifft nicht die Sportverwaltung, sondern das Gebaren insgesamt. Die Sportverwaltung hängt sich mit sehr viel Energie rein. Fußball ist ein unheimlich beliebter Sport in München. Wir danken all den Menschen in den Vereinen, die Tag für Tag, Wochenende für Wochenende mit den Kleinsten spielen sowie soziale Arbeit und Integrationsarbeit leisten. Wir freuen uns, dass wir dieses Angebot haben. Dem Sportamt danken wir ebenso: Es findet immer wieder Möglichkeiten, eine Mädchen- oder Kindermannschaft auf irgendeiner Bezirkssportanlage spielen zu lassen. So kommen noch mehr Kinder in den Genuss von Sport. Fußball ist vielleicht der beliebteste Sport, aber nicht der einzige Sport. Und ganz ehrlich: Geschäfte mit der UEFA sind nicht unbedingt sportiv. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StR Oraner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Koller hat die wichtigsten Punkte erläutert. Dem können wir uns anschließen. Es ist eine Zumutung, in einem Eilverfahren einer Vorlage zuzustimmen und der UEFA ohne Not rund 8,6 Mio. € hinterher zu schmeißen. Wir, DIE LINKE., haben den Host-City-Verträgen für 2020 und 2024 aus gutem Grund nicht zugestimmt. Diese Verträge beinhalten unverschämte Auflagen und Verpflichtungen und sind pure Abzocke. Wir sehen nicht ein, warum der Münchner Steuerzahler dafür aufkommen soll.

2021 soll die Abzocke weitergehen. All die Reglements und Anforderungen werden Sie mit Entsetzen oder Erstaunen selbst gelesen haben. Knackpunkte sind die geforderten Garantieerklärungen und die fünf Verpflichtungserklärungen, die auf den Seiten 3 und 4 der Vorlage beschrieben sind.

Des Weiteren macht uns die Verwaltung auf Seite 9 unter der Überschrift „Geschätzte Kosten“ darauf aufmerksam, dass sie in der knappen Zeit nur eine grobe Kostenschätzung abgeben kann. Das Ende der Fahnenstange ist mit 8,6 Mio. € also noch längst nicht erreicht. In diesem Zusammenhang möchte ich Absatz 2 zitieren:

„Die Erfahrungen der Vergangenheit haben aber gezeigt, dass die relativ unkonkreten Vorgaben der UEFA in der Umsetzungsphase stets zu Lasten der Host City (oder im besseren Fall aufgrund örtlicher Gegebenheiten von der Host City) angepasst werden und somit einen erheblichen volatilen Charakter haben.“

Das sagt sehr viel aus. Wir sehen das als eine Warnung an, die Finger davon zu lassen!

Auf Seite 12 heißt es unter der Überschrift „Personalbedarf“, die uns abverlangten Pflichten seien weitreichender als bei den Europameisterschaftsturnieren.

Allein diese beiden Feststellungen sollten genügen, um diese Vorlage abzulehnen. Machen wir uns nichts vor! Es wird nicht bei diesen 8,6 Mio. € bleiben. Aus der Erfahrung der Vergangenheit wissen wir, dass noch einige Vorlagen mit mehreren Millionen Euro auf uns zukommen werden. Deshalb werden wir diese Vorlage ablehnen.

StR Ranft:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diese Vorlage auch ablehnen. Ich möchte kurz begründen, warum.

Kollegin Koller hat es schon angesprochen, wir werden 2020 und 2024 Europameisterschaften im Fußball bei uns haben. Jetzt bewerben wir uns nochmal um ein Champions-League-Spiel. Wenn ich die Kosten dieser Veranstaltungen für die Stadt München zusammenrechne, reden wir von einem Betrag jenseits der 50 Millionen Euro. Wir tun uns sehr schwer, Mittel zusammenzubekommen, um unsere Sportvereine zu unterstützen und unsere Regatta-Anlage in Oberschleißheim zu sanieren. Diese Dinge haben wir vor Ort.

Ich möchte einen Vergleich ziehen. Im Januar fand ein Teil der Handballweltmeisterschaft 2019 bei uns statt. Es war eine ausgezeichnete Sportveranstaltung. Das haben wir mit städtischen Mitteln in der Größenordnung von 500.000 € unterstützt. Ich bin nicht sicher, ob es im Ergebnis überhaupt

500.000 € werden Das war eine sehr publikumswirksame Veranstaltung. Das will ich ganz deutlich sagen. Das ist für mich der Beweis dafür, dass es auch anders geht. - (Beifall der FDP)

Sie wissen, ich bin selbst Sportfunktionär. Wenn die UEFA kommt und mit den Fingern schnippt, stehen wir auf der Matte und sagen Ja. Das ärgert mich. Kollege Oraner hat auch darauf hingewiesen: Diese Host-City-Verträge sind – vornehm ausgedrückt – sehr grenzwertig. Man könnte auch Verträge mit einer italienischen Organisation schließen, die für spontane Eigentumsübertragung zuständig ist. - (Heiterkeit) - Das ist qualitativ genau dasselbe. Das ist den Münchner Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht zuzumuten. Die Verbände treten gegenüber den Kommunen in einer Weise auf, die - ich sage es sehr vornehm - grenzwertig ist. Der Konkurrent für diese Veranstaltung ist St. Petersburg. Man muss diesen Verbänden auch einmal eindeutig sagen: Wenn sie weiter so intransparent agieren, werden solche Veranstaltungen nur noch in Ländern stattfinden können, in denen das Wort Demokratie nicht vorhanden ist. Danke schön. - (Beifall von FDP, ÖDP, DIE LINKE. und Die Grünen - rosa liste)

StRin Bär:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns, dass wir uns für ein weiteres sportliches Großevent bewerben.

Die Kritik an der UEFA ist begründet. Wir sehen es aber nicht als Anlass, nicht mehr bereit zu sein, Großveranstaltungen bei uns durchzuführen. Wir tun es für die Menschen in dieser Stadt, die sich dafür begeistern. Fußball ist nun mal ein sehr kommerzieller Sport und er ist ein sehr beliebter Sport. In der Regel werden diese Champions-League-Finale von rund 160 Millionen Menschen in aller Welt gesehen. Wir freuen uns, dass wir uns für ein solches Finale bewerben dürfen. Die Ausrichtung einer solchen Großveranstaltung steht unseres Erachtens nicht in Konkurrenz zu anderen Sportförderungen. Diese Bereiche haben schlicht nichts miteinander zu tun. Wie wir besser werden können, unsere lokalen Sportvereine zu unterstützen, ist ein anderes Thema. Daran müssen wir arbeiten. Vielen Dank! - (Beifall von der CSU)

StRin Dietl:

Sehr Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fühle mich zurückversetzt in die Debatten, die wir zu diesem Thema immer hatten. Nachdem wir entschieden haben, uns für 2020 und für 2024 zu bewerben, finde ich das jetzt nur konsequent, weil es auch den Wunsch der Münchner Bürgerschaft gibt, sich für das Champions-League-Finale zu bewerben.

Wir führen im Stadtrat immer wieder die gleiche Debatte darüber, ob wir Großevents brauchen oder nicht. Ich lasse das einfach nicht so stehen, dass es sich dabei nur um den Fußball handelt. Wir bewerben uns letztendlich um ein Großevent. Wir haben dafür 8,6 Mio. € vorgesehen. Natürlich haben sich seit 2012 die Kosten gesteigert. Das liegt aber nicht allein daran, dass die Anforderungen der UEFA so enorm sind. Letztlich geht es auch um die Sicherheit, um Verkehr und um Mobilität. Unserer Fraktion ist genauso wichtig, die Verwaltung angemessen auszustatten. Wenn man so ein Großevent in der Stadt haben möchte, bedeutet das zusätzliche Aufgaben für die Verwaltung. Das Referat für Bildung und Sport (RBS) gut auszustatten, fließt ebenfalls in die Kalkulation ein. Deswegen überrascht es mich nicht, dass wir deutlich mehr Geld brauchen als für das letzte Finale.

Es ist nicht nur ein Fußballerevent, sondern ein Event, bei dem München wieder strahlen kann und zeigen, wir sind die Fußballstadt. Wir sind aber nicht nur eine Fußballstadt. Das beweisen wir insbesondere durch unsere Sportförderung, aber auch mit vielen anderen großen Events. Wir haben die Handball WM und Rugby, für das wir zusätzlich Geld geben. Wir diskutieren gerade sehr intensiv über die European Championships. Dabei geht es leider um ein paar Millionen mehr und deshalb diskutieren wir darüber vielleicht ein bisschen intensiver.

Wir haben uns als Stadt München nie so präsentiert, als ob wir nicht hinter allen Sportarten stünden. Wir fördern unsere Vereine. Aktuell sind die Vereine sehr zufrieden mit 74 Millionen Euro, die wir für Sport ausgeben. Ich denke, das ist sehr viel Geld. Wir haben die Sportvereine nie im Stich gelassen. Deshalb finde ich, kann man diesen Vergleich nicht ziehen, wenn wir uns heute wieder für ein Großevent bewerben. Wir haben auch die Allianz Arena gebaut, die uns übrigens sehr viel Geld gekostet hat. Darüber haben wir lange diskutiert. Es ist konsequent, dass wir die Arena nicht nur für den Liga-Betrieb zur Verfügung stellen, sondern genau für solche Großevents.

Wenn man so ein Großevent nach München holt, profitiert nicht nur der Fußball davon. Es nützt unserer Gastronomie und unserer Wirtschaft insgesamt. An mehreren Tagen können wir als Münchnerinnen und Münchner gemeinsam feiern.

Man kann das kritisch sehen und in Frage stellen. Die Debatten haben wir auch schon mehrmals ausführlich geführt, dass man natürlich auch nur darauf Einfluss nehmen kann, wenn man diese Events hier her holt und dann auch konkret im Kontakt mit der UEFA tritt und nicht dazu beiträgt, dass es nur noch in Städten stattfindet, wo nicht, wie bei uns, demokratisches Bewusstsein vorhanden ist.

Wir unterstützen es. Ich freue mich sehr, wenn wir uns heute wieder bewerben und hoffe, wir können dieses Event auch wieder nach München holen. - (Beifall der SPD)

StR Altmann

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg: Wir werden der Bewerbung zustimmen. Die Rede ist immer von 8,6 Millionen Euro, davon sind 20 Prozent für Unvorhergesehenes eingepreist. Ob man dies braucht, wird sich zeigen. Wir gehen immer davon aus, dass man wahrscheinlich den Endbetrag ausschöpfen wird.

Ich habe noch folgende Frage: In dieses Highlight ist auch das Olympiastadion mit der Fanmeile einbezogen. Inwieweit gibt es Konkurrenzen zu den laufenden Bauarbeiten? Müssen diese deshalb unterbrochen werden? Die Maßnahmen müssten schon langsam anlaufen. Sind dadurch Behinderungen zu erwarten? Werden wir dadurch eine Zeitverschiebung haben?

Ich habe noch eine Bitte. In der Beschlussvorlage ist auf Seite 11 im letzten Absatz die Rede von einer geplanten Evaluierung. Ich beantrage, diese in den Beschlusstext aufzunehmen. Nach Abschluss der Veranstaltung sollte evaluiert werden. Soweit mir bekannt ist, war das bei den letzten Veranstaltungen nicht der Fall. Wir haben nicht genau gewusst, ob unterm Strich ein Minus oder ein Plus stand. Das sollte man untersuchen und darstellen. Sie haben mitbekommen, solche Veranstaltungen werden immer kritischer gesehen. Damit könnte vielleicht ein bisschen Zündstoff herausgenommen werden, wenn man sich dafür bewirbt.

Ich glaube auch, die Münchnerinnen und Münchner stehen hinter diesem Event. Sie werden es als Highlight für die Stadt München sehen und mit großer Mehrheit unterstützen.

Noch eine kleine Randbemerkung zu den Vorwürfen, das Thema sei so kurzfristig gesetzt worden und wir hätten es vorher nicht beraten können. In anderen Bereichen, wenn es um Tischvorlagen geht, mit denen wir wesentlich mehr Millionen ausgeben, sind Sie mit der „Kurzfristigkeit“ nicht so zimperlich. Da sind Sie mit einer Tischvorlage morgens früh einverstanden, mit der wir deutlich mehr Geld ausgeben. Wenn ich mir alleine die Vorkaufsrechte anschau. Dafür haben wir im letzten Jahr 228 Millionen Euro ausgegeben, ohne eine zusätzliche Wohnung mehr in München zu bauen. Da ist alles sehr kurzfristig zur Entscheidung gekommen. Da sind Sie schnell dabei, Millionen Euro auszugeben. Bei einem solchen Highlight aber sagen Sie, die Kasse bricht zusammen und nichts geht mehr. Sie sollten mit Ihren Vorwürfen von „Sofortigkeit“ und „vorher nicht miteinander“

der reden“ etwas vorsichtiger umgehen. In anderen Bereichen stört es Sie nämlich überhaupt nicht. - (Beifall der BAYERNPARTEI)

StRin Wolf

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich haben mich die Kolleginnen Bär und Dietl motiviert, jetzt noch einmal ein Argument zu bringen, das man nicht oft genug wiederholen kann. Der Profisport mit UEFA, FIFA und ähnlichen Organisationen ist genau wie das IOC auf einem Weg, den eine demokratische Gesellschaft eigentlich nicht unterstützen und fördern kann.

Bei diesen Forderungen geht es nicht um den Sport. Es geht um sogenanntes „Ambush Marketing“, es geht um Zugriff auf den öffentlichen Raum in alleiniger Herrschaft der UEFA und der FIFA. Das wird sich nur ändern, wenn vernünftige Leute und vernünftige Städte an dieser Stelle sagen, so kann es nicht weitergehen, Fußball hin oder her. Man muss einfach sagen, es ist viel zu viel Geld in diesem System. Das befördert Korruption, Kriminalität, das wissen wir doch.

Herr Kollege Altmann, Sie sagen, die Münchnerinnen und Münchner würden das mehrheitlich unterstützen. Wenn wir ihnen sagen, dass wir 8,5 Millionen Euro plus minus xy von ihren Steuergeldern diesen Organisationen einfach hinterherwerfen - für ein Fußballspiel! - (StR Altmann: Die wissen das!) -, ich glaube, viele würden dann sagen, das ist es nicht wert. Mindestens ist das meine Hoffnung in die Vernunft der Menschen. Danke! - (Beifall von FDP, Die Grünen - rosa liste, DIE LINKE. und ÖDP)

StRin Neff

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich jetzt auch noch melden und möchte die Kollegin Wolf unterstützen. Sie hat angesprochen, was die Kollegin Dietl eigentlich ebenfalls sehr genau wissen müsste, ebenso die Kollegin Koller: unsere Diskussion im Sportausschuss des Deutschen Städtetages. Dort wurde genau auf den Punkt hingewiesen, den die Kollegin Wolf jetzt ausgeführt hat. Wenn wir überall dabei sind, machen UEFA und andere Organisationen weiter und knebeln uns. Das sind Knebelverträge. Ich sehe hier ein Stück weit die Demokratie gefährdet und ich sehe uns auch in der Entscheidungsfreiheit gehemmt.

Ich mag selbstverständlich auch Fußball. Ich finde es toll und in der Stadt war beim letzten Finale eine wunderbare Stimmung. Wir geben hier aber Steuergeld aus. Wir könnten es sehr viel sinnvoller einsetzen. Der Sportausschuss des Deutschen Städtetages ruft dazu auf: Haltet Euch zurück!

Denn wir haben nur dann eine Chance gegen diese großen Machthaber, wenn wir jetzt einfach einmal Grenzen setzen. - (Beifall von FDP, Die Grünen - rosa liste, DIE LINKE. und ÖDP)

StR Schmidbauer

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte der Kollegin Dietl ausdrücklich beibringen. Sie hat einen Punkt angesprochen, der sich in den vielen Aussagen bisher nicht findet: Wie viel Werbewirksamkeit erhält die Stadt München weltweit für 8 Millionen Euro. Wenn man ein solches Werbekonzept erarbeiten wollte, wie weit käme man mit 8 Millionen Euro?

Zur Werbewirksamkeit: Warum ist München so eine angesehene Stadt? Das hat natürlich auch mit der Olympiade, mit den Weltmeisterschaften, mit der Champions League und mit dem FC Bayern München zu tun. Man muss auch ganz deutlich ansprechen, welche Wirtschaftskraft hinter solchen Entscheidungen steht. Das muss man auch genießen.

Alle Forderungen, gerade der Grünen und der Linken, werden auch mit dem Geld finanziert, das die Stadt durch solche Veranstaltungen einnimmt. Ihr wollt immer alles verbieten, wollt aber alles bezahlt haben. Das geht einfach nicht! Man muss eine Win-win-Situation herausholen, damit beide einen Vorteil haben.

Bei IOC, UEFA und FIFA ist natürlich nicht alles auf dem rechten Weg. Aber der Großteil der deutschen Bevölkerung steht hinter Fußball und nicht hinter anderen Veranstaltungen. Dort wird es auch etwas geben.

Man muss festhalten, München profitiert extrem vom Fußball. Wer daran vorbeigeht, läuft doch blind durch München, Entschuldigung!

StR Wächter

Sehr geehrter Oberbürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mich noch ganz kurz melden, weil ich mich tatsächlich aufgeregt habe. Man kann durchaus gegen diese Veranstaltung sein. Von der Opposition, in dem Fall von den Grünen, der Linken und auch der FDP, wurde immer wieder das Argument gebracht, man würde der UEFA Geld hinterher werfen. Wenn es 8,6 Millionen Euro kostet, nimmt die UEFA 8,6 Millionen Euro ein. Das ist doch Quatsch!

Wenn Sie auf Seite 10 über die Leistungen für dieses Finale lesen. Darin geht es um Kostenarten wie Kosten von 1,4 Millionen Euro für die Sicherheit oder Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit. Von

diesen 8,6 Millionen Euro bekommt die UEFA keinen Cent. Sie tun ja so, als wäre diese Veranstaltung umsonst, würde der DFB dieses Pokalfinale veranstalten. Das ist Quatsch. Jede Veranstaltung kostet Geld, auch diese. Ich finde in diesem Fall sogar, 8,6 Millionen Euro sind gar nicht mal so viel Geld. Die UEFA mit der Mafia gleichzustellen - so habe ich zumindest den Beitrag von Herrn Ranft verstanden -, also UEFA gleich Mafia, da hört es sich tatsächlich auf bei mir. Das ist keine Diskussionsgrundlage, auch nicht für dieses Haus! Danke schön!

StR Ranft

Sehr geehrter Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte klarstellen: Die Stadt ist nicht der Veranstalter. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Ich erinnere an ein Gerichtsverfahren in Bremen, bei dem das Land Bremen den Fußballclub verklagt hat, die Kosten für die Polizei-Einsätze bei den Bundesligaspielen zu ersetzen. Sie haben vor Gericht Recht bekommen. Das Urteil ist nur noch nicht rechtskräftig, weil der Verein dagegen Berufung eingelegt hat.

Veranstalter ist nicht die Landeshauptstadt München. Wir erstatten Kosten, die eigentlich die UEFA als Veranstalter übernehmen müsste.

- Der Vorsitzende betätigt die Glocke zur Abstimmung. -

StSchRin Zurek:

Vielen Dank Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates! Herr Altmann hat eine Frage gestellt zur Kompatibilität mit den Baumaßnahmen im Olympiapark. Wir haben einen Zeitplan, der seitens des Sportamtes mit der Olympiapark GmbH abgeglichen wurde. Es hat keine Einwände gegeben. Wir haben auch keine entsprechenden Hinweise.

Sie haben die Evaluation angesprochen, die wir für sinnvoll halten. Ich würde Ihnen gerne vorschlagen, diesen Punkt im Finanzierungsbeschluss aufzugreifen. Jetzt geht es um den Beschluss zur Bewerbung. Wenn wir uns erfolgreich beworben haben, würden wir den Gedanken, den wir angestoßen haben, gerne aufgreifen und in den entsprechenden Beschluss aufnehmen.

OB Reiter:

Vielen Dank! Gibt es noch Wortmeldungen? Ich sehe keine. Ich möchte noch einen Satz zu dem für mich überraschenden Vorwurf zum Thema Ältestenrat loswerden.

Ich muss da etwas übersehen haben. Es gab weder einen Wunsch der Grünen, im Ältestenrat einen Tagesordnungspunkt zum Thema Champions-League-Finale anzumelden, noch haben die Grünen am Freitag bei der Besprechung zur Vollversammlung das Thema Champions-League-Finale angesprochen oder eine einzige Frage dazu gestellt, noch ... - (StRin Habenschaden: Da war die Vorlage noch nicht da!) - Aber das Thema war doch bekannt. Oder ist Euch das jetzt erst eingefallen? Der Vortrag, dass das zuerst im Ältestenrat hätte behandelt werden müssen und die Vollversammlung nicht ausreicht Dafür fehlt mir jegliches Verständnis, liebe Freunde! Das kapiere ich nicht, muss es aber auch nicht verstehen. - (Unruhe - Zuruf: Es war nicht auf der Tagesordnung.) - Doch, auf der für die Vollversammlung, wofür machen wir das sonst ? - (Zwischenrufe) - Ihr habt doch alle das Thema gekannt und wusstet, dass das kommt. - (BM Pretzl: Es stand im Ältestenrat auf der Tagesordnung. - Zuruf: Nein!) - Wir halten uns einfach an die Vertraulichkeit. Das Beschlussgremium ist ohnehin nicht der Ältestenrat, sondern diese Vollversammlung. Deshalb finde ich den Vortrag etwas merkwürdig. - (StR Dr. Roth: Es geht dabei um Stilfragen, nicht um juristische Kriterien.) - Man muss nicht alles verstehen, was vorgetragen wird.

Ich will mich an dieser Stelle gerne outen: Ich bin ebenfalls dafür, dass wir dieses Champions-League-Finale durchführen. Es ist hinlänglich diskutiert worden. Eine Bemerkung am Rande: Wir können die Veranstaltung auch nicht der Caritas übertragen. Die UEFA ist der einzige Anbieter. Wir müssen es nehmen oder eben nicht. Ich bin auch nicht glücklich mit allen Verträgen. Wenn wir aber abwägen, was wir unserer Münchner Bevölkerung, den sportbegeisterten Menschen in Bayern und in Deutschland bieten sollten, meine ich, dass wir uns bewerben sollten, wenn sich diese Gelegenheit bietet. Das kann man auch anders sehen. Ob man es aber bis in diese Tiefen der Gesellschaftskritik hinein diskutieren muss ... Ihr könnt dagegen sein, andere sind dafür. Ich finde diese Bewerbung richtig für München und werde sie unterstützen. Ob sie erfolgreich ist, werden wir sehen. Der Gegenkandidat ist bekannt. Wir werden sehen, wie die UEFA entscheidet.

Der Antrag der Referentin wird gegen Stimmen von die Die Grünen - rosa liste, StR Schmude, die FDP, die ÖDP und die DIE LINKE. **beschlossen**.

OB Reiter:

Ich hoffe, die Journalisten haben notiert, wer dagegen gestimmt hat. Sie sollten das auf Wiedervorlage 2021 legen, um festzustellen, wen man im Stadion sieht und wen nicht.

Münchner Nordosten

A) Eckdaten und Planungsziele

- Eckdatenbeschluss -

B) Durchführung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerbes

C) Weiteres Vorgehen

Diverse Anträge der Fraktionen und Bezirksausschüsse

Aktensammlung Seite 1849

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht, ich möchte Sie in der Vollversammlung nicht mehr strapazieren. Sie haben sicher im Ausschuss zur Genüge darüber diskutiert.

Eine Sache ist mir aber noch wichtig. Wenn wir neue Siedlungsgebiete erschließen, haben wir alle das Ziel, dass mit den neuen Bauten der Druck auf den Münchner Wohnungsmarkt gesenkt wird. Die Mieten sollen nicht mehr weiter steigen, wenn möglich, sogar fallen. Die Grundstückspreise sollen nicht weiter davon galoppieren.

Leider ist uns das in der Vergangenheit nicht gelungen. Schauen wir uns Schwabing Nord an: Dieses riesige Siedlungsgebiet hat nicht zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beigetragen, im Gegenteil, es hat die Situation verschärft. Der Grund ist ganz einfach: Dort besteht ein Missverhältnis zwischen Wohnungen und Arbeitsplätzen. Wenn ich den Wohnungsmarkt entspannen möchte, muss ich dieses Missverhältnis auflösen. Ich muss ein besseres Verhältnis zwischen Wohnen und Arbeitsplätzen anbieten, als derzeit in München vorherrscht.

Schwabing Nord hat nur dazu beigetragen, dass die Pendlerströme nach München zunehmen und der Druck auf den Wohnungsmarkt noch erhöht wird. Diese Fehler sollten wir uns in den künftigen Siedlungsgebieten auf keinen Fall mehr leisten. Wir brauchen Entspannung, sonst brauchen wir diese Siedlungsgebiete überhaupt nicht.

Deshalb schlagen wir vor, zum gegenwärtigen Zeitpunkt festzuschreiben, wir wollen im Münchner Nordosten ein Verhältnis von einem Arbeitsplatz zu fünf Einwohner*innen. Das sind grobe Zielvor-

gaben, eine Leitlinie. Wenn wir danach die Planung ausrichten, haben wir die Chance, etwas für den Münchner Wohnungsmarkt zu tun. Das sage ich so deutlich, weil ich der Meinung bin, wenn man jetzt dieses Verhältnis nicht festschreibt, trägt man nicht zur Entspannung bei. Dann wollen wir als ÖDP dieses Siedlungsgebiet erst recht nicht und werden es insgesamt ablehnen. Danke schön!

StR Danner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind ziemlich nahe beim Kollegen Ruff. Ich glaube, er hat die neue Vorlage mit dem neuen Referentinnenantrag noch nicht genau gelesen. Über dieses Thema wurde bereits im Planungsausschuss gesprochen, es ist Teil unseres Änderungsantrages. Auf Seite 9 der neuen Vorlage (Neufassung vom 11.02.2019) steht folgender Passus:

... „das städtebauliche Konzept auf die Durchmischung von Funktionen ausgerichtet ist. Die Anzahl der zu entstehenden Arbeitsplätze soll im Planungsverlauf entwickelt werden können.“

Es war uns ganz wichtig, dass dort nicht das Verhältnis 1:3 steht. Das Ziel muss sein, ein lebendiges Stadtquartier zu entwickeln, keine Schlafstadt. Die Infrastrukturmaßnahmen vor Ort müssen ausreichend und vielfältig sein. Natürlich schafft das auch Arbeitsplätze. Die Anzahl der Arbeitsplätze soll im Zuge dieses kommenden Prozesses festgelegt werden. Das ist unseres Erachtens der richtige Weg. 1:3 wollen wir aber definitiv nicht. Wenn am Schluss weniger als 1:5 herauskommt, ist uns das auch ganz recht. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StRin Rieke:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Beitrag des Kollegen Danner, bräuchte ich mich eigentlich nicht mehr zu melden, aber es war schon passiert. - (Heiterkeit) - In der Tat schreibt diese Vorlage in diesem Punkt nichts fest. Zur Infrastruktur wird nur gesagt, es wird auf dieser Basis passieren und auf dieser Basis schlagen wir Ihnen vor, über folgende Infrastrukturmaßnahmen nachzudenken.

Wir sind in einem Stadium, in dem solche Festlegungen überhaupt noch nicht erforderlich sind. Wir wissen aber sicher, wenn wir dort Stadtquartiere entwickeln, sollen es lebendige, gemischte Stadtquartiere sein, keine Schlafstädte. Dadurch wird die Infrastruktur, die wir dort bauen, viel besser ausgenutzt. Zu lebendigen Quartieren gehört nach meiner Definition, dass Menschen dort auch

Arbeitsplätze finden. Das ist im Übrigen unumgänglich. Eine Stadtbibliothek hat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ebenso ein Kindergarten und Schulen. Ich könnte das noch beliebig fortsetzen.

Wir werden diesem Antrag nicht folgen. Es geht nämlich gerade nicht darum, jetzt schon etwas festzuzurren, sondern jetzt Vorschläge und Ideen für Strukturen zu bekommen. Danke schön!

- (Beifall der SPD)

- BM Pretzl übernimmt den Vorsitz. -

StR Podiuk:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich bin immer froh, wenn ein Thema zweieinhalb Stunden im Ausschuss diskutiert wurde und wir es noch einmal diskutieren können. Das strukturiert den Tag, vielleicht haben wir auch sonst nichts zu tun.

Herr Kollege, wenn Sie die Vorlage lesen, steht dort auch, wir wollen Nutzungsdichten von 10.000, 20.000 und 30.000 Einwohnern untersuchen. Der früheste Baubeginn irgendeiner Wohnung ist irgendwann im Jahr 2031 oder 2032. Das hier betrifft nur den städtebaulichen Wettbewerb. Das heißt im Klartext: Was dem nächsten Stadtrat gefallen wird oder nicht, hat er in der Hand. Ich nehme nicht an, dass vor Herbst 2021, vielleicht auch erst 2022, irgendwelche weiteren Entscheidungen fallen werden. Heute können und brauchen wir uns, Gott sei Dank, überhaupt nicht festzulegen. Der nächste Stadtrat könnte sagen, dass ihm der erste Preis teilweise gefällt, für den Rest braucht man die Amtslösung. Das alles hat der nächste Stadtrat im Griff. Wir wollen jetzt eine Ideensammlung haben, wie es weitergehen könnte. Mehr ist es im Augenblick gar nicht.

StR Ruff:

Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Podiuk! Ihr Wortbeitrag war entlarvend. Er zeigt, dass es Ihnen momentan im Münchner Nordosten wie im Münchner Norden nur darum geht, sich über die nächste Kommunalwahl zu retten. Es geht darum, die Verantwortung auf den nächsten Stadtrat abzuwälzen, keine klare Kante zu zeigen und nicht sagen zu müssen: Ja, wir wollen die SEM und viel Wohnungsbau! oder: Nein, wir wollen das nicht! Es geht darum, die Kooperation über die Wahl zu retten und diesen Konflikt nicht ein für allemal auszutragen und zu entscheiden.

Das ist nicht unser Stil. Wir wollen klipp und klar sagen: SEM ja, wenn sie zur Entschärfung des Wohnungsmarktes beiträgt. Aber wir wollen dort auf keinen Fall 30 000 Einwohner. Wir wollen ein

Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Wohnungen, das München entlastet. Wenn wir das nicht hinkriegen, werden wir dagegen stimmen. Wir möchten den Konflikt vor der Wahl lösen.

BM Pretzl:

Ich habe mich selbst auf die Rednerliste gesetzt. Ich darf noch einmal wiederholen: Hier wird eine Untersuchung beschlossen. Es ist richtig, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen, welche Dichte welche Probleme oder Chancen mit sich bringt. Was Kollege Ruff sagt, ist genau das Ziel dieser Untersuchung.

Es geht nicht darum, sich über irgendeine Wahl zu retten, sondern um ein verantwortliches Umgehen mit dem Problem. Vielleicht hätte man die Untersuchungen schon früher starten können, nicht erst zehn Jahre, nachdem wir die SEM beschlossen haben. Das kann man vielleicht kritisieren. Aber es bringt uns nichts, es jetzt kritisch zu sehen. Fakt ist: Diese Untersuchungen sind notwendig, um seriös über die aufgeworfenen Probleme diskutieren zu können.

Der Änderungsantrag der ÖDP wird gegen die Stimmen der Antragsteller und von DIE LINKE. **abgelehnt.**

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI, der ÖDP sowie von StRin Neff **beschlossen.**

Erklärung zur Abstimmung:

StR Altmann:

Erklärung wie im Ausschuss.

StRin Neff:

Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe dieser Vorlage aus Prinzip nicht zugestimmt, weil ich glaube, die Kommunikation im Vorfeld läuft überhaupt nicht. Momentan wird den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt, man stelle sie vor vollendete Tatsachen. Bei dieser Vorgehensweise kann ich nicht mitgehen. Der Herr Oberbürgermeister hätte sich vor Ort den Fragen auch einmal persönlich stellen müssen. Diese Art und Weise will ich nicht mittragen.

**Bilanz und Strategien
für nachhaltiges städtisches Grundstücksmanagement
Portfoliomanagement des Kommunalreferats
Konzept hinsichtlich städtischer Kleinstgrundstücke
Antrag Nr. 2792 der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste
vom 20.01.2017**

Aktensammlung Seite 1859

StRin Hanusch:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten dieses Thema im Kommunalausschuss vorbesprochen und noch einmal Rückmeldungen vom Sozialreferat eingeholt. Nun möchten wir noch einmal unser Abstimmungsverhalten klarstellen.

Die Vorlage basiert auf einem Antrag von uns. Dieser zielte darauf ab, Kleinstgrundstücke, mit denen sich die städtischen Wohnungsbaugesellschaften nicht beschäftigen wollen, weil sie aufgrund ihrer Größe oder ihres Zuschnitts planungsaufwendig wären, für innovative Wohnprojekte zur Verfügung zu stellen, damit dort bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Alle Grundstücke wurden noch einmal in der Verwaltung auf Bedarfe überprüft. Offenbar ist auch schon eine Liste in der Abstimmung. Die liegt uns aber leider noch nicht vor. Insofern ist es sehr schwierig zu beurteilen, welche Flächen es in dem Stadtbezirk, aus dem hier drei Grundstücke herausgegriffen wurden, überhaupt noch gibt, um Bedarfe abzudecken.

Außerdem haben wir mit dem Vorgehen ein Problem. Die Grundstücke im München Modell-Eigentum zu verkaufen, war nie unser Ansinnen. Natürlich erhalten da auch Familien Wohnraum. Aber bei diesem Verfahren ist weder die langfristige Bezahlbarkeit gesichert, noch bleiben die Grundstücke der Stadt erhalten, indem man sie im Erbbaurecht vergibt.

Es gab einen Workshop mit Baugemeinschaftsvertretern. Dort war zu erkennen, dass es Baugemeinschaften gibt, die sich auch auf eine Art Konzeptausschreibung und das Erbbaurecht einlassen würden. Insofern würden wir gern den Weg innovativer Ausschreibungen und der Vergabe im Erbbaurecht gehen.

Wenn das, wie ich vermute, nicht durchgeht, lehnen wir den Antrag der Referentin ab.

Danke. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste, DIE LINKE. und ÖDP)

Der Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird gegen die Stimmen der Antragsteller sowie von DIE LINKE. und ÖDP **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, DIE LINKE. und ÖDP **beschlossen**.

Hanns-Seidel-Platz

Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1609

16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach

Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen

hinsichtlich der Bebauung der Nordparzelle (MK)

BA-Antrag Nr. 3216 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 16, Ramersdorf-Perlach vom 08.12.2016

Empfehlung Nr. 0965 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 16, Ramersdorf-Perlach vom 02.06.2016

Aktensammlung Seite 1861

StR Ruff:

Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten einen Änderungsantrag einbringen. Es geht darum, das zugrunde liegende Nutzerbedarfsprogramm mit dem Bezirksausschuss abzustimmen und an einem Runden Tisch zu erarbeiten. Momentan fühlt sich der Bezirksausschuss 16 nicht ausreichend berücksichtigt. Wir hoffen, dass bei diesem schon Jahrzehnte währenden Prozess Konsens hergestellt werden kann, indem man den Bezirksausschuss in Form eines Runden Tisches einbezieht.

Ich darf in Erinnerung rufen, dass die Planungsgeschichte bis ins Jahr 1967 zurückreicht. Wir sind also schon über ein halbes Jahrhundert mit diesem Platz beschäftigt. Es würde nicht zu wesentlichen Verzögerungen führen, wenn man sich vor Ort Unterstützung holt und das Nutzerbedarfsprogramm mit den Beteiligten an einem Runden Tisch erarbeitet, um es dann dem Stadtrat noch einmal vorzulegen.

StR Danner:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Diesem Punkt können wir uns anschließen. Auch wir hatten das im Rahmen eines umfangreichen Änderungsantrags im Kommunalausschuss gefordert. Diesen möchten wir in dieser Sitzung nicht mehr stellen. Wir wollen nur das Thema Kino herausgreifen und als schriftlichen Änderungsantrag stellen: das Thema Kino.

Wir sind der Auffassung, dass in diesem neuen, auch kulturellen Zentrum der bürgerschaftliche Wunsch nach einem Kino im weiteren Verfahren realisiert oder zumindest geprüft werden sollte.

Allein im 16. Stadtbezirk geht es um 120 000 bis 130 000 Einwohner. Wenn ich den Nachbarstadtbezirk Trudering-Riem mit 70 000 Einwohnern dazunehme, sind wir bei 200 000. Der nächste Nachbarstadtbezirk Berg am Laim hat weitere 50 000. Das Kino wäre also eine kulturelle Einrichtung für ca. 250 000 Menschen.

Wir haben nicht das große Kinosterben - auch wenn Kollege Reissl im Kommunalausschuss auf eine Pressemeldung desselben Tages verwiesen hat, dass das Gabriel Filmtheater München geschlossen wird. Wir gehen felsenfest davon aus, dass ein Kino für 250 000 Einwohner sich trägt und angenommen wird. Ein Kino ist auch eine Einrichtung, die dieses neue Zentrum in den Abendstunden belebt. Auch das ist uns ganz wichtig.

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon im Kommunalausschuss hin- und herdiskutiert. Wie schon angesprochen wurde, ist das Kulturbürgerhaus und Zentrum am Hanns-Seidel-Platz eine unendliche Geschichte. Wie lang sich das schon hinzieht! Und mit jedem Antrag, den Sie jetzt stellen, verzögern Sie das Ganze weiter.

Die ÖDP beantragt, den Bezirksausschuss einzubinden. Wer ist besser eingebunden als der Bezirksausschuss? Der ist doch bereits im Vorfeld überall dabei. Ich weiß, dass der BA beim Nutzerbedarfsprogramm massiv mitbestimmt hat, was er alles braucht. Jetzt kommt das FestSpielHaus an einen anderen Ort und wir brauchen für diesen Bereich eventuell eine andere Nutzung. Aber ich muss doch nicht das ganze Paket noch einmal aufschnüren, nur weil ich einen Bereich neu belegen muss. Das ist mit Sicherheit kein großes Thema. Der Bezirksausschuss 16 weiß schon längst, wen er präferiert und wer schon in den Startlöchern steht.

Zum Antrag der Grünen: Dieses Kino verfolgt uns auch schon ewig. Sie werden nicht müde, immer wieder diesen Antrag zu stellen. Aber es ist schwierig, überhaupt einen Kinobetreiber zu finden. Wir haben es in Riem bei den Riem-Arkaden gesehen. Da war die Fläche über Jahre frei und wir haben keinen Betreiber gefunden, der dort ein großes Multiplex-Kino bauen wollte. Jetzt ist die Fläche anderweitig mit Geschäften bebaut, weil das gescheitert ist. Genauso sehe ich das hier am Hanns-Seidel-Platz.

Irgendwann sollte man zusehen, zum Ende zu kommen. Ich will nicht durch ständige, immer wieder neue Aspekte und Anträge über Jahre eine Baulücke haben, wo das Kulturbürgerhaus dringend benötigt wird. Auch der BA braucht es dringend. Der musste für seine Sitzungen bereits in

eine andere Örtlichkeit abwandern. Die warten händeringend, dass endlich etwas passiert. Wir sollten diese Schaufensteranträge wirklich einmal beiseitelassen. - (Beifall von der BAYERNPARTEI)

StRin Boesser:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das Bonmot von der unendlichen Geschichte ist ja bereits gefallen. Auch wenn es eines der Lieblingsbücher der Kommunalreferentin ist: Wir möchten diese lange Geschichte endlich zum Ende bringen. Im Kommunalausschuss haben wir uns in einer mindestens eineinhalbstündigen Diskussion noch einmal mit der Uraltfrage Hanns-Seidel-Platz auseinandergesetzt. Ein paar Ausschussmitglieder sind dann zum Fototermin gegangen, aber die restlichen haben sich damit beschäftigt. Für diejenigen, die ordnungsgemäß an der Sitzung teilgenommen haben, ist daher jetzt manches eine Wiederholung. Deshalb mache ich es kurz.

Ich kann mich in großen Teilen dem Kollegen Altmann anschließen - was ich sehr selten tue! - (Heiterkeit) - Das Nutzerbedarfsprogramm muss angepasst werden, weil es anders ist als 2013 zur Auslobung des Wettbewerbs. Ein Teil der Nutzungen ist weggefallen. Das FestSpielHaus wird einen neuen Standort an der Rosenheimer Straße bekommen. Die frei finanzierten Wohnungen werden dort nicht realisiert, sondern an anderer Stelle. Deshalb sind gewisse Änderungen nötig.

Wir haben im Ausschuss beschlossen, dass die Verwaltung noch in diesem Jahr ein geändertes Nutzerbedarfsprogramm vorlegen soll, weil die Zeit nach 51 Jahren drängt und das Thema abgeschlossen werden soll. Wir gehen davon aus, dass der Bezirksausschuss 16 im üblichen Rahmen in das Prozedere eingebunden ist. Deshalb können wir auf einen Runden Tisch und eine weitere Formalität in diesem Zusammenhang verzichten.

Zum Thema Kino: Ja, das wäre wünschenswert. Ich gehe trotz Netflix und aller anderen Angebote nach wie vor sehr gern ins Kino. Ich kann nachvollziehen, dass man nicht weit mit der U-Bahn oder dem Auto dorthin fahren möchte. Aber ein Kino wird privat betrieben. Es gibt Kinos, die von der Stadt bezuschusst werden, weil sie ein besonderes Nischenprogramm anbieten. Aber gewöhnlich ist ein Kino eine privatwirtschaftliche Einrichtung, die eine gewisse Größenordnung haben muss. Die sehe ich am Standort Hanns-Seidel-Platz in Neuperlach nicht.

Es würde das weitere Verfahren zusätzlich erschweren, wenn neben diversen städtischen Referaten, die dort Dienststellen errichten, und dem Bezirksausschuss noch ein weiterer Player dazu-

käme, der seine Raumbedürfnisse in dem Raumprogramm unterbringen muss. Deshalb können wir dem so nicht zustimmen. - (Beifall)

StR Ruff:

Herr Vorsitzender, nur zwei Sätze: Der Bezirksausschuss 16 schreibt am 13.12.2018, er wolle bei dem Nutzerbedarfsprogramm einbezogen werden, weil er in langjähriger Arbeit einige Vorschläge für den Hanns-Seidel-Platz erarbeitet habe und diese gern einbringen würde. Das nur als Replik auf Herrn Altmann. - (StR Altmann: Ich war zwölf Jahre in dem Bezirksausschuss und weiß, was dort alles behandelt wurde. Auch das Nutzerbedarfsprogramm!) - Schreibt der Bezirksausschuss am 13.12.2018. Das ist nicht lang her.

An die Grünen die Frage: Könnte man Ihren Änderungsantrag als Prüfantrag formulieren? Sonst stünde er vielleicht im Widerspruch mit unserem Antrag.

StRin Neff:

Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Von mir auch nur ganz kurz. Wir haben das sehr ausführlich im Kommunalausschuss diskutiert und möchten die unendliche Geschichte Hanns-Seidel-Platz endlich zum Abschluss bringen. Kollegin Boesser hat es detailliert ausgeführt.

Auch das Thema Kino haben wir dort diskutiert. Dem werden wir uns auf keinen Fall anschließen.

Lieber Kollege Ruff: Es ist wirklich charmant, den Bezirksausschuss einbeziehen zu wollen. Ich habe erlebt, dass er permanent einbezogen wurde. Ich setze darauf, dass die Verwaltung die Kommunikation in diesem Fall nicht einstellt.

Der Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag der ÖDP wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, DIE LINKE. und ÖDP **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

- Ende der öffentlichen Sitzung 11:04 Uhr. -

München, 13. Februar 2019

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll